

In den deutschen Hochschulen ist in den letzten Jahren die größte Veränderung seit Wilhelm von Humboldts Universitätsreformen auf den Weg gebracht worden. 1999 haben sich die europäischen Kultus- und Wissenschaftsminister in Bologna darauf geeinigt, einen gesamteuropäischen Hochschulraum bis zum Jahr 2010 zu errichten. Dann sollen die akademischen Abschlüsse in ganz Europa anerkannt werden. Das verlangt den Umbau der Studiensysteme auf ein einheitliches zweistufiges Modell von Bachelor und Master. Der in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts eingeführte Magister Artium (MA) ist ein völlig anderer Abschluss als der Master. Solange der herkömmliche MA noch erworben werden kann, ist es deshalb sinnvoll, den neuen Abschluss als Master zu bezeichnen. Nach dem Auslaufen des alten Magisters können die neuen Abschlüsse dann mit den traditionellen lateinischen Vokabeln bezeichnet werden. Das neue Studienmodell bedeutet keineswegs einen Bruch mit der akademischen Tradition. Es kann die in Deutschland erreichte hohe Qualität der wissenschaftlichen Ambition erhalten. Eine Reform der Studieninhalte und damit eine Straffung und bessere Strukturierung der Curricula ist notwendig.

Für die deutschen Hochschulen ist diese Neuorientierung zugleich eine Restauration wie eine Revolution. Es soll ein Zustand wiederhergestellt werden, wie er jahrhundertlang in Europa existierte: An den europäischen Universitäten wur-

de als erster Abschluss der Baccalaureus vergeben. Auf ihm baute dann der Magister auf, auf den dann wiederum bei Eignung der Doctor erfolgte. Dies alles soll künftig einhergehen mit einem studienbegleitenden Prüfungssystem, in dem jeder Studierende für jede Studienleistung Punkte erwirbt, die ihm und seinen akademischen Lehrern jederzeit Aufschluss geben über die Studienfortschritte. Ebenfalls zum Bologna-Prozess gehören externe Qualitätskontrollen, regelmäßige Evaluationen und die Akkreditierung der neuen Studiengänge. Revolutionär ist der Bologna-Prozess für die deutschen Hochschulen, weil er den Abschied für Staatsexamen, Magister Artium und Diplom bedeutet.

Verständlicherweise stößt der Bologna-Prozess auf eine Vielzahl von Widerständen. Ganze Disziplinen wie Jurisprudenz und Medizin, aber auch Architektur sehen die Fachkulturen in Gefahr und leisten hinhaltenden Widerstand gegen die Umstellung auf das neue Studiensystem. Oft wird auch mit unzutreffenden Behauptungen operiert. Kein Mensch hat je die Forderung aufgestellt, dass sich ein Bachelor der Medizin nach einem dreijährigen Kurzstudium als Arzt niederlassen sollte. Um als Arzt oder Richter fungieren zu können, ist eine längere Ausbildungszeit notwendig. Aber der Bachelor liefert in den drei Jahren solide Grundkenntnisse des gewählten Faches und Methodenkenntnisse, die dann in einem Master-Studium ausgebaut und vertieft werden können. Anschließend

kann dann bei entsprechenden Leistungen ein Doktorat angestrebt werden.

Mit diesem Umbau des Studiensystems können die deutschen Hochschulen dreierlei erreichen: Durch die Modularisierung der Studienordnungen und die permanente Leistungskontrolle können sie *erstens* die in Deutschland Besorgnis erregend hohe Abbruchquote reduzieren. Jeder dritte Studienanfänger verlässt die Hochschule ohne jeden Abschluss. Die Studienanfängerquote beträgt in Deutschland sechsendsdreißig Prozent und ist damit im internationalen Vergleich relativ niedrig. Die Abschlussquote ist mit neunzehn Prozent fast die niedrigste in den OECD-Ländern. Bologna wird *zweitens* das durchschnittliche Absolventenalter, das in Deutschland mittlerweile achtundzwanzig Jahre beträgt, dramatisch verjüngen. Denn für den achtzehnjährigen Abiturienten ist es nach dem neuen System möglich, mit einundzwanzig Jahren den Bachelor und mit dreiundzwanzig Jahren den Master zu erwerben. Franzosen, Engländer und Amerikaner können seit Jahrzehnten in diesem Alter ihre ersten Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt erwerben. Die fünf Jahre, die die Deutschen bisher Verspätung haben, sind im globalisierten Arbeitsmarkt nicht aufzuholen. Und die Hochschulen können *drittens* internationaler werden. Die neuen, überall anerkannten Abschlüsse öffnen die deutschen Hochschulen für ausländische Studierende und für deutsche Studenten ausländische Hochschulen. Das gilt auch für amerikanische und englische Hochschulen. Diese werden zweifellos nicht auf ihr Recht verzichten, einzelne Bewerbungen auf Zulassungen zu prüfen. Die bisher erbrachten Studienleistungen stehen dabei im Vordergrund. Ein deutscher Bachelor hat zwar keinen rechtlichen Anspruch, wohl aber eine größere Chance, an einer amerikanischen Universität zum Masterstudium zugelassen zu werden.

Im Sommersemester 2005 werden fast 3000 Bachelor- und Masterstudiengänge an den deutschen Hochschulen angeboten, das entspricht einem Viertel der insgesamt angebotenen Studiengänge. Sie werden vermutlich von 80 000 Studierenden genutzt. Das ist zwar nur ein Bruchteil der insgesamt zwei Millionen Studierenden in Deutschland, aber seit 2001 sind die Zuwachsraten rasant.

### Optimierung der Lehre

Die Politik besteht auf Kostenneutralität des Bologna-Prozesses. Aber die Realität sieht anders aus: Das gestufte Studiensystem mit studienbegleitendem Prüfungssystem, Akkreditierung und permanenter Qualitätskontrolle ist deutlich teurer. Hunderte von Leistungspunkten müssen administrativ bewältigt werden. Hinzu kommt eine intensivere Betreuung durch die Professoren. Es herrscht Übereinstimmung darüber, dass die deutschen Hochschulen seit Jahrzehnten chronisch unterfinanziert sind. Die Personalhaushalte sind zu weniger als neunzig Prozent ausfinanziert. Insofern hat die jüngste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, die das vom Bundestag beschlossene Verbot von Studiengebühren für das Erststudium aufhebt, bei den hochschulpolitisch Verantwortlichen Erleichterung ausgelöst. Das Urteil hat nicht über Studiengebühren entschieden, sondern die vom Bund angemaßte Zuständigkeit zur Regelung dieser Materie zurückgewiesen. Nach der höchstrichterlichen Aufhebung des Habilitationsverbotes ist dies die zweite schmerzliche Niederlage der Bundesbildungsministerin. Einige Länder werden bald Studiengebühren in Höhe von 500 Euro pro Semester einführen. Sie werden mit diesen Mitteln ihre Lehre optimieren und sich als attraktivere Hochschulstandorte ins Gespräch bringen. Wettbewerb ist auch hier angesagt, die Hochschulen können davon nur profitieren.